

Sächsische Zeitung



Landeszeitung für die Provinz Sachsen
1913. Nr. 120. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 206.

Geogr. Anstalt für Halle und Magdeburg, 200 Str., durch die Post bezogen 3 Mfr. für das Vierteljahr.
Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Geschäfts-Verlag: Buchdruck.
Gutenberg (Halle), Druckerei (Halle), Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeilage), Landw. Zeitungen, illustrierte Wochenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt).

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Seitziger Straße Nr. 61/62.
Telephon 8108 u. 8109; Redaktions-Telephon 8110.
Zustellort: Dr. Strasser-Verlag, Halle (Saale).
Mittwoch, 12. März 1913.
Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt Kurfürst Nr. 6200.
Zustellort: Verlag von Otto Schölske, Halle (Saale).

Tisza und der Reichstag.

Ein unerhörter Vorfall — Verschmähung des deutschen Reichstags — eine beispiellose dreifache Anmaßung — nicht die richtige Vorstellung von parlamentarischer Würde — — — so klingt jetzt ein Schrei der Entrüstung durch den deutschen Wälderwald, so weit er von Freimütigen und Demokraten angepflegt ist. Man lehnt nach einem neuen Fall und glaubt, mit der Aufstellung des Falles Tisza einen rüch-grafhaften Namen, der mit den Kabinets-Rufen einer über die Opposition so wenig Federlebens machte, endlich ein Bein stellen zu können. Und warum der Kern? In ungarischen Magdeburg den Tisza hat sich in vergangener Woche Präsident Graf Tisza über die dort zur Beratung stehende Wahlrechtsvorlage geäußert und dabei als Argument gegen das allgemeine Wahlrecht auch dessen Wirkung in Deutschland hervorgehoben. Nach seiner Meinung hat das allgemeine Wahlrecht nirgends so destruktive Ergebnisse gezeigt wie im Deutschen Reich, und er sieht „das gewaltige geistige und sittliche Kapital, das die große reichsdeutsche liberale Intelligenz repräsentiert“, im deutschen Reichstage nicht ausreichend vertreten. Mit einem Schauben wirkt er deshalb die Frage auf, wie wohl, wenn in Deutschland der Parlamentarismus bestünde, die parlamentarische Regierung aussehen müßte, die aus dem Reichstage hervorgehen könnte, und er findet nur die Antwort: es wäre eine nationale Gefahr, auf diesem allgemeinen Wahlrecht eine parlamentarische Regierung aufzubauen. — Reichs schon diese Bemerkungen nicht aus, um etwa eine Mündigung des aber erst erneuerten und in letzter Zeit erhellung gefestigten Dreieckes mit nachfolgendem Kriege gegen Ungarn oder gegen die Periode des Grafen Tisza zu vertiefen, so verlieren sie durch die inzwischen gemeldete „authentische Interpretation“ noch weiter an auffälliger Charakter. Tisza hat, wie er im „Pester Lloyd“ betont, lediglich sagen wollen, daß erfrisch das allgemeine Wahlrecht auch in Deutschland den politischen Untergang des Liberalismus bedeutet und daß zweitens die gegenwärtige Zusammenlegung des Reichstags die Bildung einer föderativen liberalen parlamentarischen Regierung absolut unmöglich machen würde. Das ist alles und das ist für die um den neuesten Fall geschlossene entwürfnisreiche Seite herzlich wenig.

Wie häufiger Mut der Verdrehung gehört dazu, Tiszas Worte dahin umzuwandeln, sie haben den deutschen Reichstag als geistig und sittlich in der Wertigkeit hinterlassen. Nicht man freilich im „Magyar Ujsag“, Tisza habe die Parlamente der gesamten Kulturwelt beschimpft und nach seiner Meinung seien sie alle zur nationalen Vertretung unzureichend, so ist ja unübersehbar zu erkennen, wohin die Reise gehen soll: Demokraten aller Länder, vereinigt euch, um durch eure Weisheit die Mauern der den Obstruktionslistigen zu verhaften Tisza-Verschöpfung zum Einsturz zu bringen! Weniger verständlich jedoch ist, daß sich auch dem bürgerlichen Liberalismus anhangende Wälder an dem gemauerten Konstrukt der Tisza-Rede beteiligen. Der Präsident des ungarischen Liberalismus spricht ja in der so leidenschaftlich angegriffenen Rede durchaus als liberaler Parteimann und behauptet als solcher, daß bei uns die jüngsten allgemeinen Wahlen im Reich den von ihm abgelehnten Wahlrechtsvorschlüssen den beiden Gruppen des bürgerlichen Liberalismus starken Mandatsrückgang gebracht haben. Allerdings scheint seine Rede zweierlei überlegen zu haben; einmal die Tatsache, daß in deutschen Ländern das Sehnen nach einer parlamentarischen Regierungsform nur in den Köpfen einiger Radikalisten spurte und andererseits den bedauerlichen Umstand, daß bei den Wähler-Wahlen ein Teil des liberalen Wählerums sich für das alte, um den Tod zu bereiten. Der Präsident des ungarischen Liberalismus spricht ja in der so leidenschaftlich angegriffenen Rede durchaus als liberaler Parteimann und behauptet als solcher, daß bei uns die jüngsten allgemeinen Wahlen im Reich den von ihm abgelehnten Wahlrechtsvorschlüssen den beiden Gruppen des bürgerlichen Liberalismus starken Mandatsrückgang gebracht haben. Allerdings scheint seine Rede zweierlei überlegen zu haben; einmal die Tatsache, daß in deutschen Ländern das Sehnen nach einer parlamentarischen Regierungsform nur in den Köpfen einiger Radikalisten spurte und andererseits den bedauerlichen Umstand, daß bei den Wähler-Wahlen ein Teil des liberalen Wählerums sich für das alte, um den Tod zu bereiten.

Man mag aber zu den von Graf Tisza ausgesprochenen Gedanken über das Reichstagswahlrecht stehen wie man will, so ist natürlich auf einem ganz anderen Blatte nachzulesen, ob es zweckmäßig ist, daß der Präsident eines Parlaments überhaupt über das Wahlrecht eines anderen Landes öffentlich äußert, und diese Frage wird unbedeutend zu verneinen sein. Einzelne ungarische Wälder wenden zwar ein, daß nach ihrer Meinung auch der Präsident des deutschen Reichstags das Recht habe, über ungarische Verhält-

nisse in solcher Form und an solcher Stelle seine schärgenswerte private Meinung zu sagen, wie er es für gut befunde. Allein es wird rasch sein, die Probe aufs Exempel lieber nicht zu machen. Es gibt ja in Oesterreich-Ungarn viel empfindsamere Gemüter, als diese ungarischen Zeitungen zu ahnen scheinen. Noch in früherer Erinnerung wird sein, daß der frühere Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben bei Auseinandersetzungen mit politischen Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhaus gelegentlich löchlich und formell unansehnliche Mitteilungen über die Unterdrückung der Ruthenen durch die Polen machte, und daß sofort eine Eyringflut der Entrüstung kassische Wellen über weite Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie warf. Raubert aber schon tatsächliche Ungeheuer ein so empfindsameres Beispiel herbei, dann wird es doppelt empfehlenswert sein, daß Männer in der zur Juristikaufgabe verpflichteten Stellung des Reichstagspräsidenten nicht noch vom Schanden zum Urteil übergehen. Das gilt natürlich vom Justiz eines jeder Parlaments, insbesondere aber, soweit deutsche Verhältnisse in Betracht kommen, vom Vorsitzenden des ungarischen Abgeordnetenhauses. Denn will dieser Herr durchaus sein Herz ausschütten, daß es Deutschen so bitter schlecht ergeht, so blide er nur auf die Deutschen in — Ungarn. Sie sind unere Lande Leute in Ungarn gerade im jüngsten Jahrzehnt trotz ihrer unerkennbaren Bedeutung als Kulturträger von der magyarischen Mehrheit getrennt und gepeiniget worden, und wie granam und rücksichtslos setzen auch bei der jetzt spielenden Wahlrechtsreform die Verbände der gleichen Mehrheit zu neuer Unterdrückung des deutschen Elements ein. Will Graf Tisza also einen edlen deutschen Leidensweg beobachten, so liebt er ihn nirgends in so ergreifendem Umfange wie in Ungarn. F. B.

Der trübe Balkanhimmel.

Zust wie im April: bald schwarzes Gewölk, bald Sonnenschein. So es geitern noch ziemlich düster aus, so hellt sich heute der Horizont wieder auf. Allerdings sind es fast nur Meinungen, Vermutungen, die telegraphisch dieses politische Aprilwetter im März künden; tatsächliche Ereignisse sind kaum zu verzeichnen. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Informationen, deren Zuverlässigkeit sich einwandfrei bewährt habe, stellen eine bedenkliche Aufspürung der inneren Lage des Landes fest. Es sind Momente vorhanden, die darauf hindeuten, daß sich beide gegnerischen Gruppen der Liga und des Komitees zu einem vielleicht entscheidenden Zusammenstoß vorbereiten. Nach diesen Mitteilungen sollen überraschende Ereignisse im Bereiche der Mächte liegen. Die Schwierigkeiten kämen sich allenthalben, und eine gewisse Unruhe beginnt sich der öffentlichen Meinung in Bulgarien zu bemächtigen. Man erwartet jedoch eine Klärung der ganzen Situation bei den angefangenen Verhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Chef der Opposition. In Serbien vorgestern ebenso wie Bulgarien erklärt hat, die Mediation der Mächte anzunehmen, wurde die Antwort gestern im Ministerrat redigiert und ist heute überreicht worden. Wie verlautet, wird an der serbischen Grenzlinie und an der Forderung einer Kriegsentwaffnung festgehalten.

Die Beziehungen zwischen den Verbündeten, besonders zwischen den Serben und den Bulgaren, sind für Rumänien vorteilhaft. In diplomatischen Kreisen verlautet, daß Serbien bereits Fühler ausstreckt, um gegebenenfalls die Unterstützung Rumäniens gegen Bulgarien zu erhalten. Auch die Griechen sollen Rumänien den Hof machen.

Die Londoner Vorkonferenz-Konferenzen. Die Vorkonferenz werden am Donnerstag wieder zusammenkommen in der Hoffnung, daß bis dahin von den verbündeten Balkanstaaten eine Antwort eingegangen ist. Bis zum Eintreffen dieser Antwort liegen den Vorkonferenzen keine bestimmte ungenutzten Angelegenheiten zur Verprechung vor.

Die rumänisch-bulgarische Frage. In der rumänisch-bulgarischen Frage ist infolgedessen Fortschritt zu verzeichnen, als beide Staaten sich jetzt dahin geeinigt haben, daß die Vermittlungsaktion der Mächte sich lediglich auf eine Mediation beschränken und ein Schiedsgericht nicht in Frage kommen soll. Einzelheiten für das Vorgehen der Mächte beim Vorkonferenz-Konferenz in Petersburg sind aber noch nicht festgestellt.

Die Situation in Adrianopel. Der Gouverneur von Adrianopel, Halil Pascha, meldet, daß die Lebensmittel in der Stadt noch für längere Zeit ausreichen. In der Stadt herrscht völlige Ordnung. Die Zahl der Erkrankten ist gering.

Die Delegationen. Die Petersburger Telegraphen-Agentur teilt folgendes identische Communiqué der russischen und der österreichisch-ungarischen Regierung mit: Der Briefwechsel, der letzten zwischen Kaiser Franz Josef

und Kaiser Nikolaus stattgefunden hat, hat von neuem bewiesen, daß die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel den freundschaftlichen Gefühlen zwischen den beiden Souveränen keinen Eintrag getan haben, und daß die Erhaltung des Friedens fortgesetzt das Ziel ihrer Bemühungen bildet. Demgemäß sind die beiden Regierungen zu dem Schluß gelangt, daß gewisse Maßregeln rein defensiver Art, welche in den Grenzprovinzen der beiden Staaten ergriffen worden waren, durch die Umstände nicht mehr erfordert zu werden scheinen. Daher ist die Herabsetzung der Truppenstärke in Oesterreich-Ungarn und in Bulgarien auf einen normalen Europa nicht mehr das Ereignis dieses Jahres als eine Erleichterung in der politischen Situation und als eine Befestigung der Hoffnungen bemerkt, von denen wir alle von Herzen wünschen, daß sie sich erfüllen mögen.

Deutsches Reich.

Die Korfufrage des Kaisers aufgegeben. Unserem Berliner Vertreter wird von südafrikanischer Stelle bestätigt, daß die geplante Reise des Kaisers Wilhelm nach Korfu für dieses Jahr aufgegeben sei. Der Grund dafür sind Rücksichten auf die Neutralität, da Griechenland sich noch immer im Zustande des Krieges gegen die Türkei befindet. Die Annahme, daß die Reise unterbleibe, weil die Vorbereitung bestesse, daß Deutschland in einen Krieg verwickelt werden könnte, wird für unzutreffend erklärt.

Eine Ansprache des Prinzen Heinrich. Bei einem Festkommern, der aus Anlaß der Nahrbühnenfeier gefeiert in Kiel stattfand, hielt den „Kaiser N. Nachr.“ zufolge Prinz Heinrich folgende Ansprache: „Ein altes Sprichwort sagt: 'Nicht Feind, viel Ehr.' Ob wir Feinde haben, weiß ich nicht; doch wir Feinde haben, glaube ich, wissen wir alle. Vom Feind zum Feind aber ist mir ein Schreck. Denken Sie an die Zeit vor hundert Jahren. Wie war es möglich, daß jenes geschickte Volk der Preußen dem Antium widerstand? Keine Reden, keine Feste, keine Versammlungen in der Welt vermochten das zu schaffen und das zu leiten, was gefordert werden muß, wenn einmal an das deutsche Volk der Feind ergeht. Dann wird es sich erheben, ob der Feind des Volkes ist und nicht. Einen solchen Abend wie den heutigen kann man nicht vorbeigehen lassen, ohne an die bürgerlichen Parteien einen Appell zu richten, daß sie geschlossen sein möchten gegen jene Elemente, die immer und immer systematisch die Freiheit des Vaterlandes zu vernichten suchen. Das deutsche Reich in einem solchen Zustand befinden, dann ist es innerlich krank, und vor einer solchen Krankheit bewahre uns der liebe Gott; und an Sie werde ich mich, die Sie Bürger sind, an die alten Schleswig-Holsteiner und Meiner! Schleswig-Holsteiner gebiet nicht zu den alten Preußen, es ist aber lange genug mit Preußen verbunden, um zu wissen, wohin es die Pflicht ruft. Möchte der alte niederschlagende Volksgott der Schleswig-Holsteiner am rechten Tage und am rechten Ort wieder treu gefunden werden. Ich zweifle nicht an ihm. Wenn diese Voraussetzungen stimmen, und wenn Deutschland einig ist, dann wird, auch wenn der Ruf nicht so gelangt, jede Vergeisterung, die das Preußenvolk seinem König und Herrn entgegenbrachte, wieder aufkommen.“ — Die Rede endete mit einem dreimaligen Hurra auf den Kaiser.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte der Minister bezüglich der neuen Anleihen auf eine Anfrage: Die Geldnotlage infolge der Hochkonjunktur und der politischen Situation habe die Ausbringung verzögert; nachdem die Sachlage sich etwas geklärt habe, hätten die Anleihen ausgearbeitet werden müssen, weil erhebliche Barmittel, die aus Anleihen zu beschaffen seien, Mittel erforderlich hätten, um 200 Millionen Schatzanweisungen rückzahlbar seien. Selbstverständlich seien auch ohne die Anleihen ausreichende Betriebsmittel vorhanden, für die ein Fonds von 133 Millionen da sei. Auf die aufgelegten 150 Millionen Kontofonds seien 225 Millionen hauptsächlich für Staatsausgaben zusehend; dagegen seien die 400 Millionen aufgelegten Schatzanweisungen noch nicht ganz voll gezahlt, es sei also mehr Vorliebe für Kontofonds als für die nach vier Jahren mit gleicher Summe rückzahlbaren Schatzanweisungen vorhanden.

Der Störenfried. In unterrichteten Kreisen in Berlin wird behauptet, daß der schrecklichsten Verleumdung der „Störenfried“ mit dem Reich und dem Chanceminister beschäftigt, offensivlos in der Presse sei, doch betont man, daß der Artikel die tatsächlichen Verhältnisse richtig

